

Gesundheitsladen Rundbrief

Winter 2017
39. Jahrgang

Berichte · Dokumentationen · Veranstaltungshinweise



März 2018: Der Gesundheitsladen
zieht in die Astallerstr. 14



Details und
Spendenkampagne
Seite 16

Danke an alle UnterstützerInnen,
FörderInnen, FreundInnen.
Alles Gute für 2018!

**GESUNDHEITSLADEN
MÜNCHEN e.V.
INFORMATIONS- UND
KOMMUNIKATIONS-
ZENTRUM**

WALTHERSTR. 16 A
80337 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 77 25 65
FAX 089 / 725 04 74

www.gl-m.de
E-Mail: mail@gl-m.de

Infothek
Tel: 089 / 77 25 65
Mo - Fr 10 - 13 Uhr
Mo, Do 17 - 19 Uhr

**PatientInnenstelle
München**
Tel: 089 / 77 25 65
Mo 10 - 13 und 16 - 19 Uhr
Mi, Do und Fr 10 - 13 Uhr

Onlineberatung
<https://gl-m.beranet.info>

**Unabhängige Patienten-
beratung Schwaben**
Tel. 0821/ 209 203 71
Afrwald 7, 86150 Augsburg
Mo 9 - 12 Uhr
Mi 13 - 16 Uhr

INHALT

Verein & Infos **2**
Intern & Termine **3**
München stationär **4,5**
Deutschland digital **5**
BUKO-Theater **6**

Selbsthilfetag **6**
Entlassmanagement **7**
Kochen im Westend **7**
Rezensionen **8**
Kurzberichte **9**

Gesundheit für alle **10**
Berichte / Rezension **11**
Gesundheit & Umwelt **12,13**
BAGP **14, 15**
Astaller **16**

SPENDE

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE51 7002 0500 0008 8878 00
BIC: BFSWDE33MUE



Impressum

Redaktionsschluß

Rundbrief 1/2018
31.3.18

Verantwortlich für

Inhalt und Layout:

Maria Ernst, Peter Frie-
melt, Jürgen Kretsch-
mer, Waltraud Kröner,
Gunhild Preuß-Bayer,
Adelheid Schulte-
Bocholt, Carola Sraier.
Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel liegen
in der Verantwortung
des bzw. der jeweiligen
AutorIn. Sie geben
nicht unbedingt die
Meinung der Redakti-
on wieder.

Belichtung & Druck:

Ulenspiegel Druck
GmbH & Co. KG,
Andechs, zertifiziertes
Umweltmanagement
nach EMAS,
Recyclingpapier

Impressum:

Der Rundbrief ist das
Organ des
Gesundheitsladen
München e.V.

Mit freundlicher Unterstützung der



und des Staatsministeriums
für Gesundheit und Pflege



Materialien

- **Rundbrief** ☐
2-4 mal im Jahr mit Beiträgen
aus der Vereinsarbeit und ak-
tuellen Gesundheitsthemen.
Jahresabo incl. Porto 8,- €

Broschüren

- 3,- € (+ Porto + Verpackung 1,- €)
- **Patientenrechte - Ärztepflich-
ten, Neuauflage 2016** ☐
- 4,- € (+ Porto + Verpackung 1,- €)
- **Informationen rund um die
Versorgung mit Zahnersatz,
5. Auflage 2015** ☐

0,50 € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

Tipps für die Anwaltssuche im Medizinrecht

- **Lücke in der Krankschrei-
bung** ☐
- **Einsichtsrecht in
Patientenunterlagen** ☐
- **Die ärztliche Aufklärung** ☐
- **Gesetzlich versichert -
privat bezahlen?** ☐
- **Gesundheitsreform 2007** ☐
- **Konflikte mit der GKV** ☐
- **Gesundheitsfonds 2009** ☐
- **Arbeitsunfähig - was tun?** ☐
- **Gesundheitsreform 2011 -
Was ändert sich?** ☐
- **Hilfsmittelinfo** ☐
- **Satzung** ☐
- Bei Bestellungen unter 3,- € bitte
Betrag in Briefmarken beilegen!

**Alle genannten Materialien sind
für Mitglieder kostenlos.**

Angebote

Infothek

Gesammelt und weitergegeben wer-
den Informationen über Einrichtun-
gen, Selbsthilfegruppen, Veranstal-
tungen, Bücher und Zeitschriften. Es
gibt eine Bibliothek und einen PC für
Recherche und das Archiv.
Während der Öffnungszeiten gibt es
zwei themenspezifische Angebote:
Die Lärmsprechstunden am Dienstag-
vormittag und zu Fragen rund um die
Patientenverfügung und Vorsorge am
Donnerstagabend.

Patientenberatung

Die Patientenstelle München und
die Unabhängige Patientenberatung
Schwaben bieten unabhängige
Beratung, Information und Orien-
tierung.

Onlineberatung

Anonym und sicher:
Wenn Sie es wünschen, geht
Beratung bei uns auch online:
<https://gl-m.beranet.info>

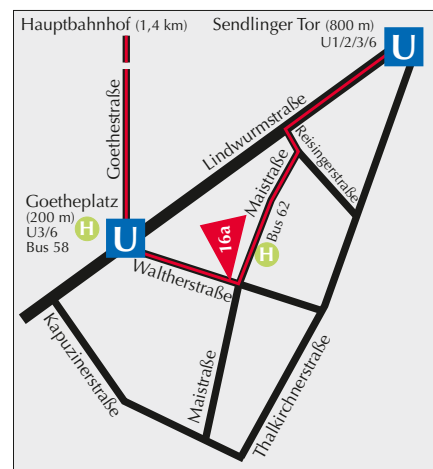
Kooperation

Wir arbeiten mit anderen Initiativen
und Facheinrichtungen kommunal, re-
gional und bundesweit zusammen. Be-
sonders intensiv begleiten wir die Ar-
beit der Patientenfürsprecher*innen
in den städtischen Kliniken.

Gesundheitsförderung

Im Stadtteil Isarvorstadt und stadtweit
machen wir Angebote zur Verbesse-
rung der Lebenssituation.

Wegweiser



Wir organisieren Veranstaltungen
zum »Tag gegen Lärm« und arbei-
ten bei »Wohnen ohne Auto« mit.

Arbeitskreise

Wir beschäftigen uns unter anderem
mit folgenden Themen:
Lärmaktionsplan und Tempo 30, Hö-
ren und Schutz der Ruhe, Autofreies
Wohnen.
Die Arbeitskreise sind für alle offen.

Webseite

Sie finden u.a. Presseerklärungen und
Termin-Hinweise, den Rundbrief u.a.
in digitaler Form und Links zu anderen
Einrichtungen.

Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Vorträge, Seminare, Infostände,
Herausgabe unserer Zeitschrift, wei-
terer Texte und Ausstellungen.

Beitritt

Name:

Adresse:

Monatsbeiträge: Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

3,- € für Nichtverdienende, 5,50 € für mittlere,
10,50 €, wenn möglich 21,- € für höhere Einkommen.

Ja, ich werde Mitglied und zahle folgenden Monatsbeitrag:

Das Geld kann vierteljährlich abgebucht werden:

IBAN:

BIC:

Bank:

Unterschrift:

Datum:

Liebe Freundinnen und Freunde, Interessierte und Aktive,

ein spannender Krimi hätte nicht aufregender sein können, als unsere Suche nach einem neuen Domizil.

Zusage - Absage - Zusage - Absage
...beim dritten Anlauf hat es geklappt.

Mit dem weinenden Auge verlassen wir „unser“ angestammtes, vertrautes und geliebtes Viertel, in dem wir seit Vereinsgründung drei Mal umgezogen sind.

Mit dem lachenden Auge wandern wir weiter in ein neues Viertel: das Westend.

Anfang des kommenden Jahres, voraussichtlich im Februar werden wir in die Astallerstrasse 14 umziehen. Da dort umfangreiche bauliche Maßnahmen umgesetzt werden müssen, kann ein genauer Termin noch nicht genannt werden. Aktuelles dazu erfahrt Ihr telefonisch, auf unserer Homepage oder auf facebook. Zu unserer nächsten Mitgliederversammlung, so viel steht fest, können wir Euch in unsere neuen Räume einladen. Wir freuen uns darauf.

Verabschiedet haben wir uns von Michael Kuznik, der uns während der letzten drei Jahre donnerstags und freitags am Empfang unterstützt hat. Wir wünschen ihm alles Gute.

Begrüßt haben wir das GL-Enkelchen **Florin**. Peter Friemelt ist zum zweiten Mal Opa geworden. Wir gratulieren.

Wir wünschen Allen zu Weihnachten und für das Neue Jahr vor allem Frieden und ein tolerantes Miteinander.

Das GL-Team



Sarah Kurzak zurück im Gesundheitsladen

Ich freu mich sehr, dass ich nach zwei Jahren Elternzeit wieder zurück im Gesundheitsladen bin. Meine Tochter Mia ist nun 2 Jahre alt und die Zeit reif für den beruflichen Wiedereinstieg. Schon im Oktober habe ich meine Tätigkeit in Teilzeit wieder aufgenommen.

Als Patientenberaterin, in der Infothek und bei vielen weiteren Herausforderungen hoffe ich auch in Zukunft mich engagiert im Gesundheitsladen einbringen zu können.

**München
ist bunt!**



TERMINE

Zeit	Thema	Veranstalter	Ort	Info/Anmeldung
16.01.18 14 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	Alten- und Service- Zentrum Westend	Tulbeckstr. 31	Tel. 089 540308215
24.01.18 14.30 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	Alten- und Service- Zentrum Untergiesing	Kolumbusstr. 33	Tel. 089 661131
25.01.18 17 Uhr	Gesetzlich versichert - privat bezahlen	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
01.02.18 14 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	Alten- und Service- Zentrum Allach-Untermenzing	Manzostr. 105	Tel. 089 1711969-0
22.02.18 17 Uhr	Informiert und gestärkt zum Arzt und ins Krankenhaus, Patientenrechte - Ärztepfllichten	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
22.03.18	Au Backe - worauf muss ich achten wenn ich zum Zahnarzt gehe?	Gesundheitsladen München e.V.	Astallerstr. 14	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
11.04.18 14.30 Uhr	Informiert und gestärkt zum Arzt und ins Krankenhaus, Patientenrechte - Ärztepfllichten	Alten- und Service- Zentrum Innenstadt	Hans-Sachs-Str. 14	Tel. 089 232398844
26.04.18 17 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	Gesundheitsladen München e.V.	Astallerstr. 14	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
07.06.18 17 Uhr	Patientenverfügung und Vorsorgeformen	Gesundheitsladen München e.V.	Astallerstr. 14	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
28.06.18 17 Uhr	Gesetzlich versichert - privat bezahlen	Gesundheitsladen München e.V.	Astallerstr. 14	Tel. 089 772565 www.gl-m.de

Dieser Text erschien im Oktober 2017 in den Münchner Ärztlichen Anzeigen (Ausgabe 22) und hat neben positiven auch verärgerte Reaktionen ausgelöst. Wir dokumentieren ihn als Einstieg in eine Diskussion über die Entwicklung der Sanierung des Stadtklinikums München. Im nächsten Rundbrief wollen wir die Sicht der Befürworter des Sanierungskonzepts darstellen. Für beide Sichtweisen gilt, dass diese nicht die Meinung der Redaktion darstellen. Eine Veranstaltung zu dieser Kontroverse ist für das Jahr 2018 geplant.

Stationäre Versorgung in München

Zur Erinnerung: Als dem Stadtklinikum München (StKM) 2014 die Insolvenz drohte, lernten wir, dass angesichts der Überversorgung Münchens mit Krankenhausbetten deren Abbau, zusammen mit einer Leistungsreduktion der StKM, unternehmensstrategisch richtungsweisend sei. 2017 bauen in diesem angeblich übersättigten Gesundheitsmarkt private Krankenhausträger neu, ganz aktuell die Kliniken Dr. Müller und Sana. Ist das logisch, oder – für wen?

Die Ausdehnung neoliberaler Wirtschaftsprinzipien auf die stationäre Daseinsvorsorge, die in den 1980er Jahren eingeleitet und mit dem deutschen DRG-System zu voller Blüte gebracht wurde, bezweckt, dass auch in Krankenhäusern Gesundheitsleistungen in erster Linie erbracht werden, um Geld zu verdienen. Ökonomisierung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass sich im Krankenhaus immer mehr um Geld dreht statt um Solidarität und Humanität. Und Kommerzialisierung bedeutet, dass es vor allem darum geht, immer mehr Gewinnbringendes zu verkaufen, z. B. orthopädische und kardiologische Eingriffe, am lukrativsten an PrivatpatientInnen, zugleich aber Verlustbringendes zu vermeiden: So lautet das ökonomische Zwangsgesetz im Fallpauschalensystem, um Defizite auszuschließen und Profite zu erwirtschaften.

Vor diesem Hintergrund wird zum einen verständlich, warum sich auf dem Gesundheitsmarkt München private Investitionen im häufig privatversicherten Zentrum und Süden konzentrieren, nicht aber im Münchner Norden. Zum anderen wird klar, warum die Kapitalinvestoren auf Operationen und andere invasive Prozeduren setzen, aber nicht auf Geburts- und Kinderkliniken, Notfallzentren, internistische Intensivstationen oder gar auf Einrichtungen einer wohnortnahen, integrierten, schwerpunktmäßig pflegerischen Versorgung von alten und komplex erkrankten PatientInnen.

Es würde hier zu weit führen, über die ethisch unverantwortlichen Folgen einer Geldsteuerung der Medizin ausführlicher

zu reflektieren: Über- und Fehlversorgung, bis zur Körperverletzung durch unnötige Operationen (siehe dazu u. a. www.krankenhaus-statt-fabrik.de).

Wenn Politik und Gesellschaft privatem Kapital erlauben, in lukrativen Bereichen des Krankenhauses solidarisches aufgebrauchte Krankenkassenbeiträge als Profit abzuschöpfen, muss die öffentliche Hand subsidiär zumindest dort versorgen, wo Private mangels Gewinnaussicht nicht tätig werden. Entsprechend liegt die gesetzliche Verantwortung zur Sicherstellung der stationären Versorgung immer noch beim Freistaat Bayern. Stadt und Landkreis München sind allein zuständig, den Sicherstellungsauftrag zu erfüllen. Deshalb ist die Stadt die Trägerin der öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser

Teil 1: Die Sicht eines Kritikers

geblieben, während der Landkreis sich durch Privatisierung davon zu distanzieren versucht. In der jüngeren Vergangenheit hat es bei der Wahrnehmung der Sicherstellungsverantwortung an Engagement, an Expertise und Weitblick gemangelt. Dabei hätte die wirtschaftliche Prosperität unserer Boomregion die finanziellen Mittel für eine zukunftsweisende Krankenhausplanung, für strategische Baulandreserven und Investitionen zur Verfügung gestellt.

Die Verantwortlichen hätten sich eines klar machen müssen: Womöglich war mangels eigener Expertise externer Sachverstand vonnöten, um ein wirtschaftlich

tragfähiges Sanierungskonzept für das städtische Klinikum zu entwerfen. Um der gemeinwohlorientierten Aufgabe der StKM gerecht zu werden, hätte parallel eine städtische und/oder staatliche ExpertInnengruppe den zukünftigen gesundheitlichen Versorgungsbedarf analysieren und planen müssen.

So wäre man mit dem Widerspruch zwischen sozialer Daseinsvorsorge einerseits und Zwang zur Ökonomisierung andererseits verantwortungsvoll umgegangen. Eine strategische Abstimmung und Kooperation mit den anderen Krankenhausträgern in München wäre dafür notwendig gewesen.

Staats- und Stadtregierung haben sich aber vor ihrer Verantwortung gedrückt und sie bei der Geschäftsführung der StKM abgeladen, anstatt die Bedarfsgerechtigkeit der von Unternehmensberatern vorgelegten Sanierungsumsetzungsplanung zu prüfen. Die Geschäftsführung der StKM wird in erster Linie an ökonomischen Erfolgszahlen gemessen, die kompliziertere Frage einer bedarfsgerechten Versorgung bleibt dabei im Hintergrund.

Die einseitig betriebswirtschaftlich erstellte und vom Stadtrat vor zwei Jahren beschlossene Sanierungsumsetzungsplanung ist seither Staatsräson. Selbst sachkundige Kritik von Dritten aus Unternehmen oder Stadtrat ist tabu, nur die Geschäftsführung darf Änderungen verfügen. Die zur Ablaufoptimierung potentiell hilfreiche Expertise der MitarbeiterInnen, besonders aber die paritätische Mitbestimmung nach der Idee des Betriebsverfassungsgesetzes gelten wohl als Hemmnisse für eine Unternehmenssanierung: Mit der vom Stadtrat durchgewinkten Änderung der Betriebsstruktur zum 1.3.2018 wird die Anzahl der Betriebsratsmitglieder ungefähr halbiert. Vielleicht sollte der rotschwarze Machtblock doch einmal noch erwägen, Diskussionen zuzulassen – zugunsten der Zukunftssicherung der Versorgung angesichts Alterung und Zuzug, zugunsten vor allem des Münchner Nordens. Jeder weiß, dass der Neubau in Schwabing zu klein wird. Jetzt liegt es in der

Verantwortung der Stadtregierung, die wohl unvermeidlichen, jahrelangen Verzögerungen der Baumaßnahmen an den Standorten wenigstens dafür zu nutzen, die Bedarfsgerechtigkeit der Planungen zu überprüfen und weitere Kardinalfehler zu verhindern.



Dr. Peter Hoffmann

Und: Dann muss die Stadt den Mut aufbringen, endlich anzufangen. Warum wird die Einhaltung des Kostenrahmens einzig bei den Krankenhäusern zum Dogma erhoben? Es war völlig richtig, das Deutsche Theater fertig zu sanieren trotz

Kostenexplosion! Entweder leisten wir uns funktionale Bauten mit einer ansprechenden und humanen architektonischen Gestalt – oder wir lassen es und warten auf eine Stadtregierung mit mehr Mut!

Freudlos erleben MitarbeiterInnen – nicht nur der Krankenpflege – an ungezählten deutschen Kliniken, wie aus (noch) vorhandenem Personal oft das Letzte herausgeholt wird. Achselzuckend wird auf den Mangel an qualifiziertem Personal in Gesundheitsberufen verwiesen, als wäre er ein Naturgesetz. Wenn Staat und Gesellschaft sich nicht bald zu gesetzlichen Personalschlüsseln durchringen und die Arbeitsbedingungen des chronisch überlasteten Pflegepersonals verbessern, wird dieser Mangel eines der wichtigsten gesellschaftlichen Probleme der Zukunft werden.

Auch bei der StKM betreiben Geschäftsführung und Stadt Projekte zur Ausgrün-

dung von Servicegesellschaften, um Löhne zu drücken. Dabei hatten Stadt und StKM 2016 genug Geld, um UnternehmensberaterInnen für oftmals wenig hilfreiche Projekte fast zehn Millionen Euro zu zahlen. Eine fachlich kompetente und menschlich würdige Versorgung im Krankenhaus ist ein hohes Gut und nichts anderes als Qualität. Sie ist auch in Zukunft unverzichtbar zur Daseinsvorsorge. Selbst wenn es gelingen sollte – was derzeit noch nicht absehbar ist –, die kommunalen Klinikgebäude in München sinnvoll und erfolgreich zu sanieren: Krankenhausbauten werden erst durch tätiges Fachpersonal zum Leben erweckt. Damit die Stadt genügend qualifizierte Fachleute anwerben und längerfristig halten kann, muss sie ziellosen Aktionismus beenden, die strategische Perspektive für die StKM klären und entschlossen handeln. Der Markt wird es für die Landeshauptstadt nicht richten.

Dr. Peter Hoffmann



Digital Health – Wie profitieren Patienten und Gesundheit?

Das deutsche Gesundheitssystem steht durch den demografischen Wandel, dem Fehlen von Fachkräften und der Finanzierbarkeit einer gleichwertigen Gesundheitsversorgung in Stadt und Land vor enormen Herausforderungen. Mit der Digitalisierung wird die Hoffnung verbunden, vielen dieser Herausforderungen mit innovativen Lösungen begegnen zu können. Längst ist die zunehmende Digitalisierung unseres Alltags zur Gewohnheit geworden. Unzählige Gesundheitsangebote überfluten das Internet und erobern die Smartphones und Smartwatches der Konsumenten bzw. Patienten.

Welche Auswirkungen hat E-health auf die Gesundheitsversorgung und das Verhältnis zwischen Arzt und Patient? Was ist der Stand der Technik und was können Patienten in den nächsten Jahren erwarten? Wie gehen wir mit dem Thema Datenschutz um? Wie muss sich das Ge-

sundheitssystem ändern, um digitale Lösungen beispielsweise in der Erstattung abbilden zu können? Zu einem Gespräch über diese Fragen lud der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung in die Black Box (Omen?) im Gasteig ein. Auf dem Podium diskutierten dabei: Ming Sung Sean Kim, Leiter globale Gesundheitsinvestitionen der Allianz Ventures; Dr. Alexander König, Geschäftsführer und Gründer von Reactive Robotics GmbH München; Dr. Helmut Platzer, Vorstandsvorsitzender der AOK Bayern; Kathrin Sonnenholzner MdL, Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Pflege.

Zunächst wurde das riesige Marktpotenzial der Digitalisierung im Gesundheitswesen und die damit verbundenen Chancen für Unternehmen, insbesondere startups, beleuchtet. Dabei ging es vor allem um Gesundheits-Apps, derer es etwa 500.000 weltweit gibt, die aber i.

d. R. weder validiert noch datenschutzrechtlich geprüft sind.

Die Politik und die Selbstverwaltung mahnten letztlich an, dass bei allen Anwendungen rund um Digital Health und Big Data dennoch Standards für Datenschutz und Qualität definieren und eingehalten werden müssen – wie für jede bisherige Leistungserbringung im Gesundheitswesen auch.

Die Diskutanten waren sich darüber einig, dass die elektronische Gesundheitskarte zwar kommen wird – aber bei weitem nicht mit dem Leistungsumfang, der ursprünglich gedacht war. Auch die elektronische Gesundheitsakte ist in Entwicklung, wobei es noch unklar ist, welche Version, auf welcher Plattform mit welchen Zugangsvoraussetzungen u. v. m. kommen wird. Hier gilt es, dringend Anforderungen aus Patientensicht zu definieren und zu fordern.

Jürgen Kretschmer

BUKO - Pharma-Kampagne zu Gast in der Stadt

Erreger machen Karriere



Die BUKO-Pharma-Kampagne hat eine eigene Theatergruppe. Sie nennt sich **Schluck & weg** und tourt einmal im Jahr durch Deutschland. Vor über 30 Jahren, im Frühjahr 1984, gingen die Laienschauspieler*innen zum ersten Mal auf Tournee. Seither fährt der Theaterbus jedes Jahr ein- bis zwei Wochen lang durch Deutschland, um zur Entwicklungs- und Gesundheitspolitik zu informieren und Missstände zu dramatisieren.

Unter dem Titel „Erreger machen Karriere“ führten die Laienschauspieler*innen



in diesem Herbst eine „skurrile Komödie“ mit ernstem Thema auf. Es ging um die „Armutskrankheit“ Tuberkulose (TB). In armen Ländern ist sie weit, in westlichen Ländern nur sehr gering vertreten. Fast zwei Millionen Menschen sterben jährlich an der bakteriellen Infektionskrankheit. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Krankheit beschlossen und die Vereinten Nationen haben erklärt, TB bis 2030 auszurotten. Die BUKO-

Pharmakampagne kritisiert die langsame Umsetzung. Erschwerend kommt hinzu, dass Antibiotika-Resistenzen TB vielerorts unbehandelbar machen.

Das Stück von **Schluck & weg** stützt sich auch auf epidemiologische Daten und beleuchtet medizinische, politische und soziale Ursachen von TB.

Die Theaterstücke werden in Zusammenarbeit mit einer erfahrenen Theaterpädagogin entwickelt und einstudiert. Als Grundlage dienen aktuelle medizinische



sowie entwicklungspolitische Fachinformationen der Pharma-Kampagne. Die Theaterleute machen die Themen der Kampagne spritzig-dynamisch und mit viel Witz und Biss für ein breites Publikum verständlich. Im Anschluss an die drei bis vier zwanzigminütigen Auftritte konnte sich das Publikum über den Inhalt des Stücks und die Arbeit der Pharma-Kampagne informieren.



Die Straßentheater-Gruppe gastierte in München gleich zwei Mal: Am Freitag, 22.09.17 im Eingangsbereich des Schwabinger Klinikums und am Samstag, 23.09.17 auf dem Weißenburger Platz. Auch in diesem Jahr gab unser Vorstands-Mitglied, Gerhard Schwarzkopf-Steinhäuser den großzügigen Gastgeber und lud die ganze Truppe zu sich ein. **Vielen Dank!**

Für weitere Informationen:
www.bukopharma.de

Waltraud Kröner



Münchner Selbsthilfetag - 2017

Dieses Jahr bei fast perfektem Wetter fand am 22.7.2017 wieder der Münchner Selbsthilfetag auf dem Marienplatz statt. Über 70 Gruppen informierten ein erfreulich großes Publikum über ihre Arbeit. Tatkräftig unterstützt von BuMS (Bürger für unser Münchner Stadtklinikum e.V.) und der AGMG (Arbeitsgemeinschaft Münchner Gesundheitsinitiativen e.V.) präsentierte auch der Gesundheitsladen seine Angebote. Besonders viel Interesse fand heuer unsere Beratungszeit zu Patientenverfügung und Vorsorgeformen. Ein großes Kompliment geht an das Selbsthilfezentrum München für die wieder hervorragende Organisation.



Maria Ernst

Entlassmanagement – Rahmenvertrag

- Was ist neu/anders seit dem 1.10.2017 ?

Ein langer Weg

Das Entlassmanagement wurde im Jahr 2012 im § 39 Sozialgesetzbuch V aufgenommen. Mit dem Versorgungstärkungsgesetz (seit dem 23. Juli 2015 in Kraft) wurden die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und der GKV-Spitzenverband beauftragt, einen Rahmenvertrag über das Entlassmanagement bis Ende 2015 zu schließen. Die Umsetzung und Einigung auf diesen Rahmenvertrag, der die Zusammenarbeit zwischen Ärzten, Krankenhäusern und Krankenkassen regelt und für die Entlassung von Patienten klare Verantwortlichkeiten und verbindliche Standards festlegt, war schwierig, holprig und richtig zeitaufwändig.

Weil sich o.g. Beteiligte nicht einigen konnten, bedurfte es einer Entscheidung des Bundesschiedsamts am 13.10.2016. Gegen diese erhob die DKG Klage.

Die Klage zog die DKG nach Verständigung auf eine Änderungsvereinbarung 2017 zurück.

Nun trat der Rahmenvertrag Entlassmanagement zum 01.10.2017 endlich

in Kraft.

Was ist nun anders für Patient/innen durch den endlich beschlossenen Rahmenvertrag?

Seit dem 1. Oktober 2017 sind Krankenhäuser verpflichtet, ihren Patienten ein noch besser organisiertes, standardisiertes und sogenanntes „strukturiertes Entlassmanagement“ anzubieten. Damit sollen die Anschlussversorgung nach einem Krankenhausaufenthalt über einen zu erarbeitenden Entlassplan sichergestellt und individuell notwendige Anschlussmaßnahmen frühzeitig eingeleitet werden. Auch der weiterbehandelnde Arzt bzw. die ggf. weiterversorgende Einrichtung (z.B. Heim, Rehaeinrichtung) sollen rechtzeitig informiert werden.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist hier die Information der Patient/innen und deren Einwilligung über und in die Maßnahmen. Für die mit dem Entlassmanagement verbundene Informationsübermittlung an andere muss sich das Krankenhaus eine schriftliche Einverständniserklärung des Patienten einholen. Gibt der Patient seine Einwilligung nicht ausdrücklich, gibt es keine Maßnahmen.

Nun können auch endlich Krankenhausärzte

(mit abgeschlossener Facharztweiterbildung) für die Dauer von 7 Tagen Verordnungen von Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln und häuslicher Krankenpflege ausstellen. (Aber Achtung: Hier gibt es Fristen, innerhalb derer diese Verordnungen einzureichen sind.) Für den Zeitraum von 7 Tagen kann nun auch die Arbeitsunfähigkeit festgestellt und dem Patienten eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausgestellt werden. (Endlich: Auf diese Umsetzung warten wir in der Patientenberatung schon seit längerer Zeit.) Von der Klinik muss auch ein Entlassbrief und ein Medikationsplan erstellt werden.

Das neue Entlassmanagement bedeutet für viele Krankenhäuser und deren MitarbeiterInnen einen zum Teil erheblichen, zusätzlichen Verwaltungsaufwand.

Was die Umsetzung des Rahmenvertrag es für die Kliniken tatsächlich bedeutet, werden wir verfolgen und planen dazu im nächsten Rundbrief ein Interview mit einer Münchner Klinik. Vielleicht haben wir bis dahin auch schon die ersten Rückmeldungen von PatientInnen?

Adelheid Schulte-Bocholt

Ein Teller Heimat – Begegnen und Kochen im Westend

Landessieger Bayern des Deutschen Nachbarschaftspreises 2017



Das kleine (aber feine) interkulturelle Integrations-Projekt „Ein Teller Heimat - Westend“ gibt es seit Anfang 2016. Es bietet Geflüchteten die Möglichkeit, ihre Traditionen, Gerichte (und Geschichten) den NachbarInnen bzw.

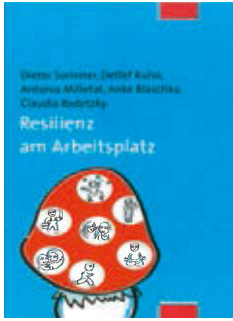
allen interessierten MünchnerInnen vorzustellen und sich auf Augenhöhe zu begegnen. Dazu stellt ein ehrenamtliches Team regelmäßig mit verschiedenen Flüchtlingsgruppen ein landestypisches Menü zusammen, geht miteinander einkaufen, kocht gemeinsam und lädt zu einem bunten kulinarischen Abend ein. Beim gemeinsamen Essen lernt man sich kennen, knüpft Kontakte und es sind schon viele Freundschaften entstanden.



Wir freuen uns mit unserer Kollegin Maria, die in dem Projekt aktiv ist, dass der „Teller Heimat“ heuer beim Deutschen Nachbarschaftspreis als Landessieger Bayern ausgewählt wurde, eine schöne Anerkennung für ehrenamtliches Engagement.

Mehr Eindrücke gibt es unter www.facebook.com/eintellerheimat-westend. Hier findet man auch immer die aktuellen Termine und kann sich zum Essen anmelden.





„Resilienz am Arbeitsplatz“ – D. Sommer, D. Kuhn, A. Mille-tat, A. Blaschka, C. Redetzky, Mabuse-Verlag, 2014, 187 Seiten, ISBN: 978-3-86321-176-9, 29,90 €

Mit neuer Perspektive greifen die Autor*innen ein Thema auf, das sich seit Jahren im Blickfeld der Öffentlichkeit hält: Die drastische Zunahme der Arbeitsunfähigkeiten wegen psychischer Erkrankungen. Sie fragen nicht nach deren Ursachen. Sie fragen z.B.: „Welche Arbeits- und Lebensbedingungen halten uns langfristig gesund?“

In Teil 1 erfahren die Leser*innen in einem historischen und quer durch mehrere Kulturen reichenden Überblick Interessantes zum Stand der Resilienzforschung. Das liest sich kurzweilig und spannend. Die Lebenswelt der Kinder von Kauai und der Aborigines, die Grundgedanken der Salutogenese werden ebenso vorgestellt, wie Resilienzfaktoren als personale Ressourcen.

In Teil 2 stellen die Autor*innen das von ihnen entwickelte Praxismodell vor. In äußerst übersichtlicher, tabellarischer Form werden sieben ausgemachte Resilienz-faktoren beschrieben und in unterschiedlichen Aspekten beleuchtet, z.B. „Akzeptanz“ mit Selbstakzeptanz, Umgang mit Misserfolgen und Kritikfähigkeit.

Alle sieben Faktoren sind gleichlautend durchdekliniert: Was ist

gemeint? Was kann man selbst tun? Was können Betriebe tun?

In Teil 3 werden die sieben Faktoren noch einmal in einem eigenen Überblick zusammen getragen und durch ein Resilienzbarometer ergänzt, einem Fragebogen, der zur Reflexion in Bezug auf sieben ausgemachte Resilienz-faktoren einlädt. Mit praktischen Hinweisen werden Denk- und Handlungsanstöße zur Entwicklung ungenutzter Potenziale gegeben.

In Teil 4 versuchen sich die Autor*innen in vorsichtigen Schlussfolgerungen und Vermutungen. Im Anhang werden Auswertungshinweise zum Resilienzbarometer dargestellt.

Den Autor*innen gelingt es bestens, komplexen Inhalt in unkomplizierter Sprache markant und hilfreich strukturiert darzustellen. Neben den Inhalten werden den Leser*innen umfangreiche und zielführende praktische Anregungen mit auf den Weg gegeben. Eine sehr geeignete Urlaubslektüre!

Waltraud Kröner



„Beck'sche Schmerzengeld-tabelle 2017“ – Andreas Slizky, C.H.Beck Verlag, 13. Überarbeitete und aktualisierte Auflage, 2017, 1092 Seiten, ISBN: 978 3 406 69734 0, 99 €

Das vorliegende Werk ist in zwei Teile untergliedert. Teil I bietet eine praxisorientierte Kommentie-

rung des Schmerzensgeldrechts. Die relevanten Bemessungskriterien des Schmerzensgeldes werden hier ausführlich dargestellt und die geschichtliche Entwicklung des Schmerzensgeldanspruches aufgezeigt. Die Leser erfahren Aufschlussreiches über die Funktion von Schmerzensgeldzahlungen: Es soll erlittenen Schaden ausgleichen oder Genugtuung geben. Alle Ausführungen werden in Zusammenhang mit konkreten Fällen und der entsprechenden Urteilsprechung gesetzt. So kommt der Autor alles in allem auf die stolze Zahl von rund 3.800 Entscheidungen.

Auch zur Prozessführung und zur steuer- und sozialrechtlichen Einordnung des Schmerzensgeldes erfährt die Leserschaft Wichtiges und Interessantes.

Die Tabelle in Teil II „Von Kopf bis Fuß“ gliedert relevante Urteile (bis incl. Juli 2016) in besonders übersichtlicher Weise in dieser Reihenfolge – von oben nach unten, orientiert am menschlichen Körper. Zu allen Entscheidungen macht der Autor Angaben zu Schmerzensgeldhöhe, Haftungsquote, immateriellem Vorbehalt und Minderung der Erwerbsfähigkeit. Diese Gliederung ermöglicht eine schnelle Orientierung und liefert die wichtigsten Informationen auf einen Blick.

Als besonderes Schmankerl erhalten die Leser kostenfrei einen Online-Zugang zu IMM-DAT plus (beck-online), der für ein Jahr die Online-Nutzung der elektronischen Tabellen-Version ermöglicht; Registrierung über eine im Buch enthaltene Freischalt-nummer.

Die Tabelle eignet sich neben den Berufsgruppen, die beruflich mit Schadensansprüchen und deren Regulierung beschäftigt sind, durchaus auch für Betroffene.

Waltraud Kröner



Financial Office 2018 – das Standardprogramm für kleine und mittlere Betriebe.

Neben Buchhaltung und Rechnungsstellung ist insbesondere der Teil Lohn und Gehalt eine ausserordentliche Hilfe für alle, die regelmäßig Lohnbuchhaltung machen müssen. Dauernd ändert sich hier was. Lexware reagiert mit kostenlosen Updates darauf. Manchmal ist das Programm penetrant besserwisserisch und nicht flexibel. Aber dafür ist man immer auf der sicheren Seite. Alle Meldungen an die Kassen und das Finanzamt werden online und automatisiert vollzogen. Die Onlineabwicklung insbesondere vereinfacht einem das Leben. Es ist schon ein gewisser Luxus, wenn alles fast wie von selbst geht. Immer wieder stellen sich in der Lohnbuchhaltung Fragen, die aber leicht beantwortet werden können durch ein gutes Online-handbuch. Wenn das aber nicht reicht, wird es echt teuer. Der Telefonsupport wird pro Minute abgerechnet.

Auch Lexware hat jetzt zumindest teilweise auf das Abomodell umgestellt. Aber hier ist das weniger nervig wie bei anderen großen Softwarehäusern. Aus nachvollziehbaren Gründen war es immer schon nötig, die Programmversionen zu aktualisieren um auf dem aktuellen gesetzlichen Stand zu bleiben.

Und das kostet jedes Jahr über 300 Euro. Wie gesagt, es geht auch ohne. Aber mit geht es deutlich leichter.

PF

Gut für Zahnärzte – Nicht gut für Patient/innen

BSG ändert seine Rechtsprechung: Nachbesserungsrecht des Zahnarztes auch bei notwendiger Neuanfertigung des Zahnersatzes

Das Bundessozialgericht (BSG) hat in Abänderung seiner bisherigen Rechtsprechung entschieden, dass sich das Nachbesserungsrecht des Zahnarztes auch auf die Neuanfertigung des Zahnersatzes erstreckt.



Im betreffenden Fall konnte eine Krankenkasse das zahnärztliche Honorar von der Zahnärztin nicht zurückfordern, weil dieser durch die Versicherte keine Möglichkeit zur Nachbesserung gegeben wur-

de, die in diesem Fall zumutbar gewesen wäre.

Unzumutbar für Patienten laut Urteil wäre eine Nachbesserung und ggf. Neuanfertigung nur dann, wenn das Vertrauensverhältnis zum behandelnden Zahnarzt erheblich gestört ist.

Hier nannte das BSG beispielhaft Fallgestaltungen:

- schwerwiegender Behandlungsfehler
- Uneinsichtigkeit des Zahnarztes gegenüber dem Versicherten bei der Frage, ob überhaupt Fehler vorliegt
- wenn eine Beseitigung des Mangels bei Nachbesserungsversuchen wiederholt nicht gelingt
- Umstände, die in keinem Zusammenhang mit dem Verhalten des Zahnarztes stehen, z.B. Wohnortwechsel des Versicherten.

(BSG-Urteil vom 10.05.2017,
Az.: B 6 KA 15/16 R).

Adelheid Schulte-Bocholt

Sicherstellungsauftrag für die Rechtsanwaltskammer?

Immer wieder melden sich bei uns PatientInnen, die auf der Suche nach anwaltlicher Vertretung sind. Aktuell hatten wir eine Anfrage, nachdem vorher vergeblich beim Münchner Anwaltverein und der Rechtsanwaltskammer angefragt worden war. Die übermittelte Anwaltsliste war ohne Ergebnis abtelefoniert worden. Was wäre, wenn die Rechtsanwaltskammer analog der Kassenärztlichen Vereinigung den gesetzlichen Auftrag zur Sicherstellung einer anwaltlichen Vertretung erhalten würde?

Mitglieder der Anwaltschaft, deren Kontaktdaten wir an Hilfesuchende weitergeben dürfen, können sich gerne bei uns im Gesundheitsladen (Tel: 089/772565) in eine Liste aufnehmen lassen. *elpf*

Neu: Unter der Behördennummer 115 jetzt auch Informationen zu Fragen zur Pflege

Bei der Telefonnummer 115 (ohne Vorwahl!) können sich pflegende Angehörige und Pflegebedürftige jetzt auch in München Mo.-Fr. von 8 bis 18 Uhr informieren über:

- Pflegegeld
- Sach- und Kombileistungen der Pflegeversicherung
- Pflegehilfsmittel
- Wohnumfeld verbessernde Maßnahmen und Förderung des altersgerechten Wohnens
- Pflegeunterstützungsgeld der Pflegeversicherung bei Arbeitsbefreiung in einer akuten Pflegesituation
- zinslose Darlehen bei Freistellung oder Reduzierung der Arbeit zur Pflege eines nahen Angehörigen
- Leistungen der Hilfe zur Pflege

In der Regel gilt der Ortstarif.
Weiteres zur Behördennummer und den teilnehmenden Behörden und Institutionen unter: <https://www.115.de/>

power_m

„Beruf und Pflegeaufgaben vereinbaren“



Berufstätigkeit mit der Sorge für einen pflegebedürftigen Angehörigen in Einklang zu bringen, ist häufig ein Spagat. „Wie schaffe ich es, Beruf und Pflege unter einen Hut zu bringen? Wo gibt es Entlastungsmöglichkeiten und wie gehe ich mit

den Belastungen um?“ Bei diesen Fragen bietet das städtische Projekt power_m Berufstätigen und Wiedereinsteigerinnen Beratung und Unterstützung, gerade auch im Vorfeld einer Pflegeaufgabe, an. Wenden Sie sich an die power_m Infopoints oder besuchen Sie die Offene Sprechstunde, z.B. am 15.12.2017 von 8-10 Uhr in der Landwehrstr. 32 a, 80336 München, 4. OG.

Infopoint Frauenakademie:
089 - 720 166 89

Infopoint Münchner Volkshochschule: 089 - 48006 6273

Weitere Infos unter:
www.power-m.net/pflege

Pressemitteilung vom 15.09.2017

Gesundheitsversorgung für Alle

Anlässlich der Bundestagswahl fordert ein Aktionsbündnis von Nichtregierungsorganisationen die Politik dazu auf, für alle Menschen in Deutschland den Zugang zu medizinischer Versorgung zu garantieren.

Behandelt zu werden, wenn man krank ist, gehört zu den Grundrechten jedes Menschen. Trotzdem haben viele auch hierzulande keinen Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung. Vertreterinnen und Vertreter von sieben Nichtregierungsorganisationen waren am Samstag, dem 2. September, einer Einladung von MediNetz Würzburg e.V. gefolgt, um diesen Missstand zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen.

aus anderen Ländern der Europäischen Union betroffen. „Das sind allesamt Menschen, die keine Lobby haben“, so Bettina Stiel-Reifenrath von der Praxis ohne Grenzen' (POG) in Remscheid. Sie berichtet von der 19-jährigen Aleen A. aus Syrien. Monatelang klagte diese über Magenschmerzen und Appetitlosigkeit, während sie vergeblich auf eine Behandlung wartete. Durch die POG Remscheid konnte eine chronische, bakterielle Magenschleimhautentzündung diagnostiziert und behandelt werden.

Dass das Problem nicht auf ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger beschränkt ist, zeigt ein anderes Beispiel:

Dieter B., 70 Jahre, aus Wermelskirchen konnte sich in den vergangenen 17 Jahren die Beiträge der privaten Krankenversicherung nicht mehr leisten. In dieser Zeit erkrankte er an Lungenkrebs. Wieder war es nur durch eine nichtstaatliche Organisation möglich, weitere Untersuchungen und eine Behandlung zu erreichen.

„Mit der Unterzeichnung des UN-Sozialpakts hat sich die Bundesregierung verpflichtet, den Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Menschen in Deutschland zu garantieren“, sagt Johanna Offe von Ärzte der Welt.

Um diesen Missstand bekannt zu machen und den Druck auf die Politik zu erhöhen, setzt das Aktionsbündnis nun auf öffentlichkeitswirksame Aktionen. Für das kommende Frühjahr ist unter dem Motto des Bündnisses „Gesundheit - ein Menschenrecht“ eine Demonstration in Berlin geplant.

Bisher hat sich das Aktionsbündnis vor allem im direkten Kontakt mit Politikerinnen und Politikern für das Menschenrecht auf Gesundheit stark gemacht. Aktuell wendet sich das Engagement vor allem gegen das Ende 2016 erlassene „Leistungsausschlussgesetz“. Mit dem Gesetz wird einigen Gruppen von EU-Bürgerinnen

und Bürgern, die zum Teil schon Jahre in Deutschland leben, die Existenzgrundlage und der Zugang zu medizinischer Versorgung entzogen. Wohnungslosigkeit, Mittellosigkeit, massive Gefahr von Ausbeutung und Verelendung sind die Folgen. „Das Gesetz verstößt gegen die Grundlagen unseres Sozialstaats. Deshalb haben einige Sozialgerichte auch schon dagegen entschieden“, sagt Fränze Neumann von der Berliner Stadtmission.

Frau K. erschien vor zwei Jahren zum ersten Mal in der Sprechstunde der „Migrantenmedizin westend“ in gemeinsamer Trägerschaft der „hoffnungsorte hamburg“ und Ärzte der Welt in Hamburg Wilhelmsburg. Die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit in ihrem Heimatland Bulgarien hatte sie nach Deutschland getrieben, weder dort noch in Deutschland verfügte sie über ausreichend Mittel, um die Beiträge in der Krankenversicherung zu bezahlen. Nach mehreren Besuchen im „westend“ diagnostizierten die Ärzte Brustkrebs. Die lebensnotwendige Operation konnte über einen Behandlungsschein finanziert werden, die Kosten für die notwendige Nachbehandlung der Metastasen wurden von einer Stiftung getragen.

Gesundheitsladen München e.V.

Anmerkung zur Pressemitteilung

Krankheitsbedingt konnte der GL am o.g. Treffen in Würzburg leider nicht teilnehmen.

Wir entschieden uns aber dennoch nach Absprache mit den teilnehmenden Bündnispartnern von „Gesundheit - ein Menschenrecht“ dazu, die Pressemitteilung als GL zu verschicken. Das Thema ist sehr wichtig und betrifft uns im GL auch immer wieder, sei es durch Beratungen oder der Teilnahme an einschlägigen Arbeitskreisen etc....

Weitere Informationen zum Thema und zum Bündnis unter: <http://www.gesundheit-ein-menschenrecht.de>

Adelheid Schulte-Bocholt



GESUNDHEIT FÜR ALLE!



Die Organisationen setzen sich auf lokaler Ebene für einen niedrigschwelligen Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Menschen ein. Dabei stoßen sie und die Patientinnen und Patienten zunehmend an Grenzen.

„Allzu oft scheitern unsere Bemühungen an gesetzlichen und politischen Vorgaben. Daher ist es notwendig, dass wir uns enger vernetzen und gemeinsam versuchen, die Rahmenbedingungen zu verändern“, betont Ela Temiz vom Mainzer Verein Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.

„Wenn ich mit Bekannten darüber spreche, dass mitten in Deutschland Menschen leben, die überhaupt keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben, stoße ich oft auf Überraschung. Diese Menschenrechtsverletzungen sind in der Öffentlichkeit einfach noch kein Thema“, kritisiert Johannes Ulrich, ein Vertreter des MediNetz Würzburg e.V. Dabei seien neben Asylsuchenden, Wohnungslosen, Migrantinnen und Migranten ohne gültige Aufenthaltspapiere sowie Menschen

Außergerichtliche Streitbeilegung

Bei der diesjährigen gemeinsamen Fortbildung der Gutachterstellen der Bayerischen und Baden-Württembergische Landesärztekammern lag der Fokus auf Erfahrungen aus dem benachbarten Ausland bei außergerichtlicher Streitbeilegung in Arzthaftungssachen.

Zunächst gestaltete ein Richter des Oberlandesgerichts München den Vormittag, indem er den Teilnehmer*innen die Eigenheiten des (großen) Behandlungsfehlers und seine gerichtliche Würdigung darstellte. Dabei ging er vor allem auf die Tücken der Beweislast(umkehr) und des Entschädigungsrechts ein. Beispielsweise führt ein eindeutig nachgewiesener Behandlungsfehler nicht zur Entschädigung, wenn der Zeitpunkt der Schädigung nicht festzustellen ist und damit die Höhe des Schadens nicht berechnet werden kann. Umgekehrt führt ggf. die Beweislastumkehr durch einen Befunderhebungsfehler unter bestimmten Umständen zu einer vollumfänglichen Haftung, auch wenn mit großer Wahrscheinlichkeit gar kein Fehler durch den Behandler gemacht wurde – nur ist das Gegenteil unter diesen Umständen auch nicht beweisbar.



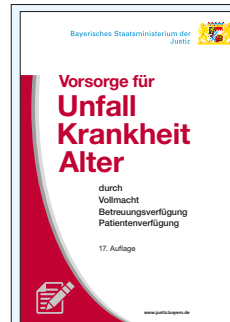
Am Nachmittag wurden – ausgehend von dem Bundesratsantrag der Länder Hamburg und Bayern zum Patientenentschädigungsfonds – die Erfahrungen dazu aus der Patientenanwaltschaft aus den deutschsprachigen Nachbarländern präsentiert.

In Österreich ist die Patienten-anwaltschaft seit mittlerweile zwei Jahrzehnten ein fest installierter Teil des öffentlichen Gesundheitswesens. Der dortige Patientenentschädigungsfonds ist dabei allerdings eine „end of pipe“-Maßnahme, wenn die drei Stufen der Regulierung von Behandlungsfehlern vorher keinen Erfolg hatten. Zwei

Drittel bis drei Viertel aller Anfragen bei der Patienten-anwaltschaft werden nach Stellungnahme und Kurzgutachten abgelehnt, weil keine Behandlungsfehler vorliegen. Von den restlichen Anfragen – echte Behandlungsfehler – werden zu 95 % erfolgreich „reguliert“. Nur die restlichen 5 % kommen zum Entschädigungsfonds. Letztlich sind das Fälle, die haftungsrechtlich nicht „gegriffen“ werden können bzw. ein großer Schaden entstanden ist. Insofern regte der österreichische Patienten-anwalt an, dass ein möglicher Entschädigungsfonds in

Deutschland eingebettet sein sollte in ein Netz von Beratung, Stellungnahmen und sonstiger außergerichtlicher Regulierung. In der nachfolgenden Diskussion ging es um Vor- und Nachteile eines Entschädigungsfonds, der angenommenen „Gerechtigkeitslücke“ und vieles mehr. Insgesamt war es eine sehr interessante und informative Fortbildung

Jürgen Kretschmer.



Vorsorge für Unfall, Krankheit, Alter, 17. Auflage, Hrsg. Bay. Staatsministerium der Justiz, C.H.BECK, ISBN 978-3-406-70879-4; 5,50 €

Das Erstellen einer Patientenverfügung und dazu gehörender Vollmacht ist für Ratsuchende nicht einfach. Die hier vorliegende Broschüre ist hilfreich, sich dem dennoch zu widmen, da sie von Experten für Laien erstellt wurde. Die Broschüre enthält Aufklärungen und Informationen in gut verständlicher und nachvollziehbarer Form und bildet den Themenkomplex gut ab. Mittig ist ein Formularsatz zum Heraustrennen platziert. Die Herausgeber haben auch eine Hinweiskarte zum Vorhandensein einer Patientenverfügung mit bedacht, welche man sich in das Portemonnaie stecken kann. Wir empfehlen die kostengünstige Broschüre sehr gern weiter.

Jürgen Kretschmer

Bürgerversicherung? DRGs? Notfallversorgung? Patientenrechte? Notarztplanung? ...

Deutschland vor der Wahl
Podiumsdiskussion zur Gesundheitspolitik mit

Prof. Dr. Dr. Alexander Ehlert, Bundestag, CDU
Dr. Martina Stamm-Fibich, MdB und Bundestag, SPD
Bridget Wolf, Bundestag und Bundestag, DIE LINKE

Moderation: Sybille Giel, BR

Ort: BR Veranstaltungsort: Bayerischer Rundfunk, Annabühl 42/44
Zeit: Dienstag, 18. Juli 2017, 18.30 Uhr

Veranstalter: Gesundheitsladen München e.V.
Bayerischer Rundfunk, Annabühl 42/44
Verein Demokratischer Austausch und Aktive (VDA)

Kostenlos und Vorkauf: 10,- € (inkl. Getränke, Eintritt)
Karten: 089 250000-0 (Freitag, 18.07.2017, 18.30 Uhr)

Wir reden mit!

**Wahl-
veranstaltung
im BR
18.7.17**



An einem der wärmsten Tage des Jahres fanden sich viele ZuhörerInnen im Bayerischen Rundfunk ein, um zu hören, was die damals im Bundestag vertretenen Parteien gesundheitspolitisch planen. Nach einem Einstieg ins Thema

durch unsere Kollegin Carola Sraier übernahm Sybille Giel vom BR die Moderation. Alle auf der Ankündigung genannten Themen wurden angeschnitten. Für die Finanzierung des Gesundheitswesens über eine Bürgerversicherung setzten sich

sowohl Frau Stamm-Fibich von der SPD, Frau Rottmann von den Grünen und Frau Wolf von den Linken ein. Herr Ehlers von der CSU hatte hier Einwände. Die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens kritisierte insbesondere Rottmann. Bei der Notfall-

versorgung waren sich alle ziemlich einig. Da muss mehr sektorenübergreifende Zusammenarbeit her. Alle vier und die Moderatorin waren sehr gut vorbereitet. Eine Sendung im BR berichtete ausführlich. PF

25. April 2018, der 21. Tag gegen Lärm



Während wir uns auf Weihnachten und den Umzug vorbereiten, naht schon der nächste »Tag gegen Lärm« am 25. April 2018.

Wir sammeln schon Programmangebote. So besteht die Möglichkeit, dass auch Sie sich mit einem eigenen Angebot beteiligen, aber natürlich laden wir Sie als Teilnehmerin oder Teilnehmer bei dem, was dann geboten wird: Ab Mitte Januar werden die Angebote, so wie sie dann feststehen, wieder auf der unserer Webseite stehen.

Das Thema „Gut Hören – Hörschäden erkennen und hilfreiche Maßnahmen kennen lernen“ wird wieder mehrfach aufgegriffen.

„Stille und Ruhe erleben“ sollen Menschen bei Meditationen und auch bei einem geführten Gang durch das Walderlebniszentrum, ebenso bei den Vogelstimmen- und Fledermausführungen und Naturerkundungen. Wir wollen die Ohren sensibilisieren für die Vielfalt, die in der (relativen) Stille hörbar wird.

Ganz still kann es im schalltoten Raum werden, den die Technische Universität für Messungen verwendet; was da geschieht, welche Geräte entwickelt werden, wie man sich selbst in einem Raum fühlt, der nicht „antwortet“, zeigt uns ein Tag der offenen Tür bei Professor Seiber.

Wo ich noch eine große Lücke sehe, ist bei der Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen. Wir haben deshalb mit dem Arbeitsring Lärm in der Deutschen Gesellschaft für Akustik vereinbart, dass wir nicht nur den Lärmkoffer für Schulen in München anbieten, sondern auch versuchen wollen, Schulen zu finden, die einen Workshoptag durchführen, bei dem wir aufgeschlossene Personen aus unserem eigenen Umfeld im Umgang mit dem Lärmkoffer fit machen wollen.

Der größte Joker ist die Fortschreibung des Lärmaktionsplans. Hier befindet sich

ein Entwurf im Umlauf bei den Behörden, auf den wir noch keinen Blick werfen konnten.

Die Mitwirkung der Öffentlichkeit, die in der EU-Richtlinie von 2002 festgeschrieben ist, wird irgendwann stattfinden, sehr erfreulich wäre, wenn dies noch in den Zeitraum des nächsten »Tag gegen Lärm« stattfindet. Auf jeden Fall wollen wir den von Umgebungslärm betroffenen Bürgern die Chance geben, sich über die wichtigsten Regulierungen, die besonders betroffenen Gebiete und die möglichen Lärmschutz-Maßnahmen in Kenntnis zu setzen.

Das Programm erscheint Ende März.



Der Lärmkoffer des ALD ist ein Hilfsmittel für Schulen, um das Thema Lärm mit verschiedenen Experimenten anschaulich, hör- und greifbar zu machen.

Mitmachen

Sie haben eine Idee, Sie vermissen ein Thema, Sie möchten uns auf eine Veranstaltung aufmerksam machen, die zum Tag gegen Lärm passt, Sie können einen Vortrag halten, eine Führung anbieten, einen Text dazu schreiben.

Wenden Sie sich einfach an:
tag-gegen-laerm@gl-m.de bzw.
Gunhild Preuß-Bayer, Tel. 1891 3720



ZEIT für STILLE erforscht auf meditative Weise unsere Beziehung zu Stille, Geräuschen und dem Einfluss von Lärm auf unser Leben. Der Film nimmt uns mit auf eine faszinierende filmische Reise um die Welt: Von einer traditionellen Teezeremonie in Kyoto auf die Straßen der lautesten Stadt der Welt, Mumbai, während der wilden Festzeit. Der Film regt dazu an, Stille zu erfahren und die Wunder unserer Welt wahrzunehmen.

Am 30. November läuft dieser Film im Arena-Kino an. Vielleicht haben Sie Glück und können ihn noch sehen, wenn Sie im Dezember den Rundbrief in Händen halten.

Glückwunsch

Die Geduld seit 2011 und die intensive Arbeit der Baugemeinschaft „Autofrei Wohnen 4“ in der Messestadt hat zum Ziel geführt. Bei einem ersten großen Treffen im Gemeinschaftsraum fanden sich fast alle Bewohner ein und es war schön zu sehen, wie bunt gemischt im Alter und wie einig im autofreien Leben diese neue Gemeinschaft ist.

Doch stellen wir fest, dass es unter den Rahmenbedingungen der Stadt schwerer statt leichter wird, weitere Projekte aufzubauen

Wohnen
Ohne
Auto

Warnung an die Menschheit

Es ist ein eindringlicher Appell:

Mehr als 15.000 Forscher richten sich mit einer Warnung an die Menschheit. Es ist bereits die zweite kollektive Ermahnung – die erste Warnung sprachen Wissenschaftler vor 25 Jahren aus.

„Bald wird es zu spät für uns sein, unseren Kurs zu ändern [...] und die Zeit wird knapp. Wir müssen in unserem täglichen Leben und in unseren regierenden Institutionen anerkennen, dass die Erde mit all ihrem Leben unser einziges Zuhause ist.“ – mit diesen Worten endet ein Aufruf, mit dem sich tausende Wissenschaftler an die Menschheit wenden.

In der Warnung kritisieren die Forscher den mangelnden Umweltschutz und weisen auf den Zustand der Erde hin. Insgesamt 15.364 Wissenschaftler aus 184 Ländern haben den Appell unterschrieben.

Der volle Text in Deutsch z.B. auf www.redd.it.com

Die größten Problemfelder

Verfasst wurde der Aufruf von acht Autoren, die an namhaften Universitäten in verschiedenen Ländern arbeiten.

Für ihre Analyse nutzten die Autoren Daten von staatlichen Behörden, Organisationen und Forschern. Die wichtigsten Aussagen des Schreibens:

- In den letzten 25 Jahren ist die Menge des pro Kopf verfügbaren Trinkwassers um 26 % gesunken.
- Die Zahl sauerstoffarmer und verschmutzter „Todeszonen“ in den Ozeanen hat um etwa 75 % zugenommen.
- Etwa 120 Millionen Hektar Wald wurden abgeholzt, hauptsächlich um Platz für Agrarland zu schaffen.
- Der Kohlendioxid-Ausstoß und die durchschnittliche Temperatur sind weltweit gestiegen.
- Die Zahl der Säugetiere, Reptilien, Amphibien, Fische und Vögel ist weltweit um 29 % gesunken.
- Die Bevölkerung ist um 35 % gewachsen.

Druck auf die Politik ausüben

Die Warnung der Weltforschergruppe kommt zum Jubiläum der ersten gemeinsamen Warnung vor 25 Jahren. 1992 hatten 1700 Wissenschaftler in einem Schreiben vor drängenden Problemfeldern wie dem Klimawandel, der Waldabholzung und der schwindenden Artenvielfalt gewarnt. Seitdem hat sich nur wenig getan – „alarmierenderweise hat sich das meiste sogar verschlechtert“, heißt es in dem Aufruf.

Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass politische Maßnahmen noch etwas bewirken könnten – damit die Politik aber reagiert, müsse der öffentliche Druck auf sie erhöht werden. Wissenschaftler, einflussreiche Personen in den Medien und Bürger sollen darauf bestehen, dass ihre Regierungen handeln. Allerdings sehen die Forscher die Verantwortung nicht nur in der Politik: „Es ist auch an der Zeit, dass wir unsere individuellen Verhaltensweisen überdenken und verändern.“

Darum muss München die Verkehrswende ernsthaft angehen.



Am Sonntag den 26. November 2017 lädt das Bündnis für saubere Luft in München in Kooperation mit RENN.süd zum ersten **Münchner Luftsymposium**. Es findet im Rahmen der Münchner Wissenschaftstage statt.

Zwei Workshops behandeln „Gift mit jedem Atemzug? – Luftdaten selbst erheben und auswerten“ und „Luft zum Handeln – Aktionsideen zur Luftreinhaltung“. Abends auf dem Podium „Durchatmen oder Luft anhalten?“

Für diesen Rundbrief liegt der Termin ungünstig. Wir berichten aber auf unserer Webseite.

www.luft-reinheitsgebot.de

„Autofrei Wohnen - ein Bedarf?“ hieß die Fachtagung, die die „Plattform autofrei/autoarm Wohnen“ am 14. 11. 2017 in Bern ausrichtete.

In der Schweiz sind in den letzten Jahren so viele Wohnprojekte geplant und gebaut worden, dass es eine rechte Freude und Ermutigung für Deutschland ist.

Hier in D scheint manches ins Stocken geraten zu sein. Gerade in München sind die Fortschritte, gemessen an dem, was in 22 Jahren möglich wäre, noch sehr dürrig. Der Anteil an autofreien Haushalten ist in der Schweiz in den letzten 15 Jahren massiv gestiegen: in Basel, Zürich und Bern leben mehr als die Hälfte aller Haushalte heute autofrei.

Am Fachseminar «Autofrei wohnen – ein Bedarf?» diskutierten VertreterInnen von Bund, Kantonen, Gemeinden sowie gemeinnützigen und kommerziellen Immobilieninvestoren über die künftige Nach-

frage nach autofreien Wohnformen. Sie waren sich einig, dass der Bedarf künftig noch zunehmen wird.

Neue Technologien und Angebote wie selbstfahrenden Fahrzeuge, Elektromobilität oder Sharingkonzepte bewirken eine starke Veränderung der Mobilität. Bauherren und Investoren müssen dies antizipieren, wenn sie Fehlinvestitionen vermeiden wollen. Es braucht also vorausschauende, flexible Mobilitäts- und Nutzungskonzepte. Autoarme und autofreie Projekte zeigen hier Lösungen auf.“

www.wohnbau-mobilitaet.ch

Diese Erkenntnis ist uns Verkehrs-NGOs in München sehr nah, wir müssen sie weiterhin noch verstärkt zu Politik und Verwaltung, aber auch zu Bauherren und zukünftigen Bewohnern tragen.

Wohnen ohne Auto

BAGP-Rundbrief 2.17



BAGP
Bundesarbeits-
Gemeinschaft der
PatientInnenstellen



Deutsche
Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e. V.

verbraucherzentrale
Bundesverband

Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss

Presseerklärung zur Sitzung des Gemeinsamen Bundesausschusses am 17. November 2017

Endlich weniger Zuzahlung für Zahnersatz

Berlin, 17. November 2017. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat heute Änderungen für die Festzuschüsse für Zahnersatz beschlossen. Damit erreichen die Festzuschüsse, die die Krankenkassen für Zahnersatz leisten, endlich wieder annähernd 50 Prozent der Kosten für Regelleistungen, wie das Gesetz es vorsieht. Die Patientenvertretung im G-BA begrüßt, dass heute endlich ein Beschluss über neue Festzuschüsse für Zahnersatz gefasst wurde. Damit decken die Festzuschüsse die Regelleistungen insgesamt wieder den gesetzlich vorgesehenen Anteil von annähernd 50 Prozent ab. Zum Beispiel: Bei Vollprothesen liegt der neue Festzuschuss um ca. 90 € höher.

„Jahrelang haben die Patientinnen und Patienten die Abweichungen von den realen Kosten alleine getragen. Jetzt sind die Festzuschüsse endlich wieder so wie das Gesetz das vorsieht“, so Gregor Bornes, Sprecher der Patientenvertretung im Unterausschuss Zahnärztliche Behandlung und der Bundesarbeitsgemeinschaft PatientInnenstellen.

Der Vorsitzende des G-BA Josef Hecken hatte mit einem Kompromissvorschlag erreicht, dass die GKV dem heutigen Beschluss zugestimmt hat. *„Dieser Erfolg wurde aber mit einem Zugeständnis erkauft, dass uns womöglich noch Probleme bereitet: dem Abschlag in Höhe von 2,5% für vermutete Unwirtschaftlichkeit der Zahntechniker,“* so Gregor Bornes. *„Diesen Abschlag zahlen aber nicht die Zahntechniker, sondern die Patientinnen und Patienten.“*

Der Festzuschuss beträgt laut Gesetz 50% der durchschnittlichen Kosten der Regelleistung, nicht der individuellen Zahnersatzrechnung. Er setzt sich aus den Preisen für die einzelnen Leistungen und den Häufigkeiten dieser zusammen. Vor allem die Häufigkeiten waren zuletzt 2004 angepasst worden und entsprachen nicht mehr der Realität. Daher hatte die Patientenvertretung die Aktualisierung bereits 2008 angestoßen.

„Das Grundproblem wurde leider nicht gelöst“, so Bornes *„Die Patienten tragen das Risiko für Unwirtschaftlichkeit und Kostensteigerungen alleine. Wir fordern die Politik auf, hier grundsätzliche Änderungen vorzunehmen.“*

Ansprechpartner:

Gregor Bornes (c/o gesundheitsladen köln e.V., Steinkopfstr.2, 51065 Köln),

Tel: 0221 276 29 60; E-Mail: Gregor.bornes@gesundheitsladen-koeln.de

Die Patientenvertretung im G-BA besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der vier maßgeblichen Patientenorganisationen entsprechend der Patientenbeteiligungsverordnung:

- Deutscher Behindertenrat,
- Bundesarbeitsgemeinschaft PatientInnenstellen,
- Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.
- Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

Die Patientenvertretung im G-BA kann mitberaten und Anträge stellen, hat aber kein Stimmrecht.

Bundesarbeitsgemeinschaft
der PatientInnenstellen
(BAGP)

Waltherstr. 16a
80337 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



B
A
G
P
Kurzprofil

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.

„Patienten stärken und beteiligen“, zu Gast beim Gesundheitssymposium in Pristina, 22. + 23. Sept. 2017

Jährlich findet in der Hauptstadt vom Kosovo, in Pristina ein großes Gesundheitssymposium statt. In diesem Jahr wurden wir von der BAGP / dem Gesundheitsladen München e.V. als Referenten eingeladen.

Wir haben einen Vortrag mit anschließendem Workshop durchgeführt, Inhalte des deutschen Patientenrechtgesetzes vorgestellt und mit dem Publikum diskutiert.

In drei Arbeitsgruppen haben wir folgende Fragestellungen bearbeitet:

- Wo sehen Sie die größten Handlungsbedarfe in Bezug auf die - Durchsetzung / Umsetzung der Patientenrechte im Kosovo in Zukunft?
- Können Sie sich eine kollektive Patientenbeteiligung vorstellen? Wer könnte in Ihrem Land „die Stimme der Patienten“ sein?
- Bräuchte es aus Ihrer Sicht Angebote zur Unterstützung von Patienten bei Behandlungsfehlerverdacht, bei Informationslücken usw.?



Im zweiten Vortrag haben wir die Strukturen der Patientenbeteiligung in Deutschland auf Bundes- und Landesebene vorgestellt.

Unsere Beiträge wurden in deutscher Sprache gehalten und simultan übersetzt.

Das Publikum war sehr interessiert und arbeitete aktiv mit. Dank der Unterstützung unseres Kollegen Petrit Beqiri und seiner KollegInnen der Hochschule „kolegji – heimerer“ konnten wir einen Beitrag leisten, im Kosovo Patientenbeteiligung und Patientenrechte vorzustellen. Wir hoffen für die Bürger im Kosovo, dass die neu gewählte Regierung ihr Versprechen ein-

löst und eine gesetzliche Krankenversicherung einführt.

Ein sehr schöner Zufall, war die Begegnung mit Prof. Dr. Johann Behrens. Er lehrt aktuell am „kolegji – heimerer“ u. a. Evidence-based Nursing und Caring und ist in Deutschland in der Lehre an der Martin-Luther-Universität/ Halle-Wittenberg tätig. Außerdem ist er in vielen Gremien u. a. im G-BA aktiv. Und er gründete mit anderen Aktivisten 1975 einen Gesundheitsladen in Frankfurt a. M. Es war sehr bereichernd einen „alten GLer“ kennengelernt zu haben. *Carola Sraier*

Das Motto der 3. Inselkonferenz „WogE“ war in diesem Sommer „GESUNDHEIT GESTALTEN“.

Auf der WogE auf Langeoog kommen Menschen zusammen, um gesunde Lebensräume zu erkunden und zu gestalten – in Familie und Freundeskreisen, ihrer Stadt / Gemeinde, ihren Arbeitsstätten, Schulen und Bildungsstätten, in ihren Initiativen und überall dort, wo Menschen miteinander und mit der Umwelt in Beziehung treten.

Es geht auf der WogE darum zu erfragen und zu erkunden, was es braucht um Gesundheitspotentiale zu entwickeln und umzusetzen. Viele wertvolle Leuchtturmprojekte wurden vorgestellt und wirkten in die nachmittäglichen Workshops hinein.

Als BAGP widmeten wir uns in diesem Jahr in unserem Workshop der Konzeptionierung eines gesunden Quartiers, gedanklich zuerst auf

Langeoog und dann visionär in einem belasteten Stadtteil einer Großstadt wie Köln.

Was brauchen die Bewohner in einem Quartier neben einem Ankerpunkt, um Gesundheitsfragen klären zu können, welche Netzwerke braucht es und welche Herausforderungen müssen gemeistert werden, um eine lebenswerte Umgebung zu schaffen.

Ein ganz wichtiger Aspekt auf der WogE in diesem Jahr, war die grausame Wahrheit, dass die Ressourcen auf unserem Planeten nur noch begrenzt zur Verfügung stehen und wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um auch unseren Nachfolgegenerationen eine Lebensgrundlage, die ERDE, zu hinterlassen. Ganz eindrückliche Bilder blieben mir aus Filmsequenzen in Erinnerung, die es sich lohnt auf youtube anzuschauen, wie „Mutter Natur“ gesprochen

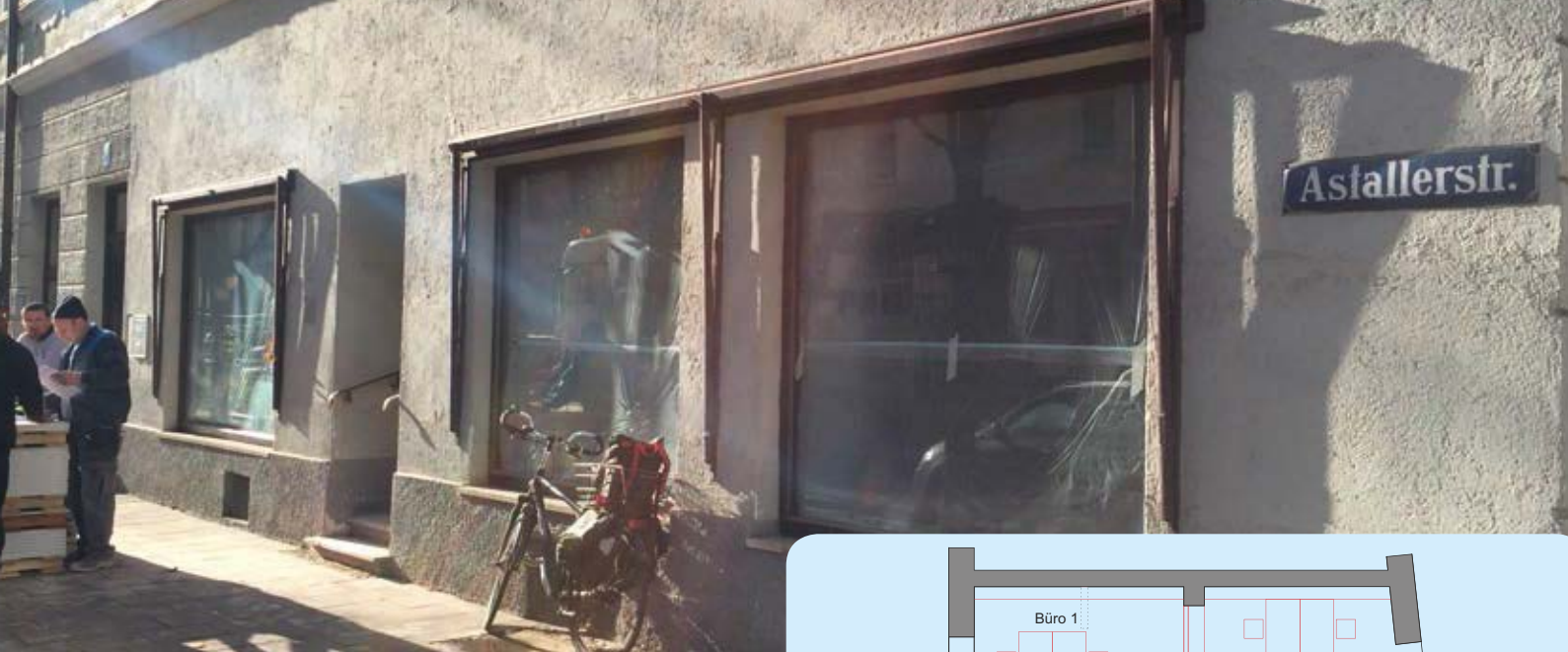
von Hannelore Elsner oder „Der Ozean“ & „Der Boden“.

Die WogE bringt unterschiedliche Menschen zusammen, die etwas bewegen wollen, wie VisionärInnen, KünstlerInnen, Bürgerbewegten, WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, UmweltaktivistInnen und Gesundheitsbewegte.

Es ist für uns als PatientenberaterInnen und -VertreterInnen sehr spannend und unterstützend, sich in einem solchen Rahmen über die Zukunft unserer Arbeit Gedanken zu machen.

Im kommenden Jahr findet die WogE ab dem 8. September statt, damit auch Studierende daran teilnehmen können.

Carola Sraier



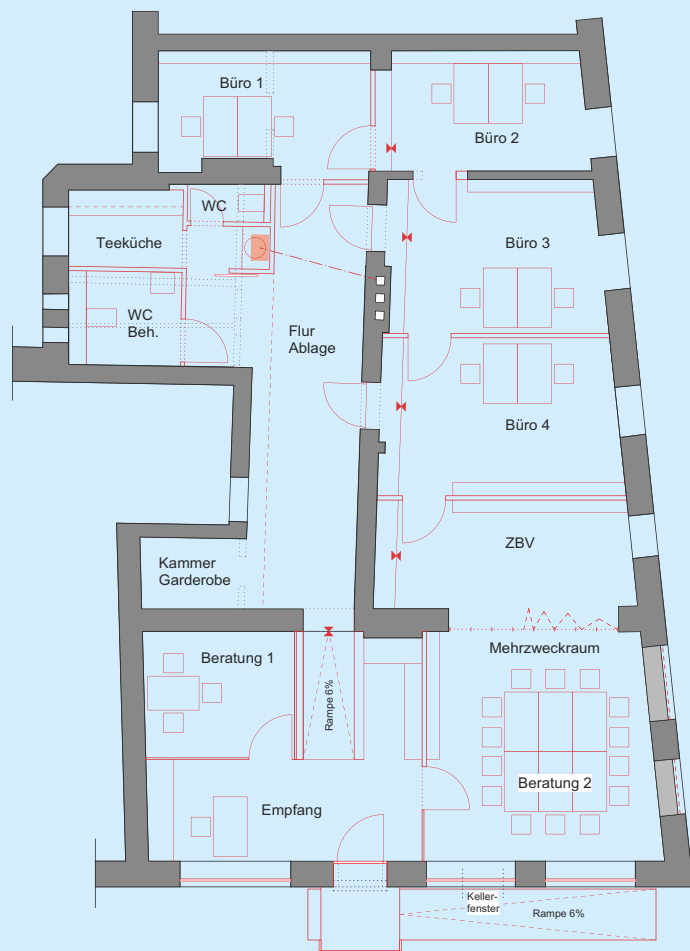
Reisinger / Auen / Walther und jetzt – ab März 18 Astaller 14: barrierefreier Umbau und ein echter Laden!

Lange mussten wir suchen. Und jetzt ist es soweit.

Aber warum haben wir überhaupt die Waltherstraße verlassen?

Von wollen kann keine Rede sein. Unser Vermieter hatte uns schon im Juli 2016 wegen Eigenbedarf fristgerecht zum 31. Juli 2017 gekündigt. Seitdem sind wir nur geduldet. Wir suchten verzweifelt nach einer neuen Bleibe, die wenigstens halbwegs die idealen Bedingungen in der Waltherstr. haben sollte: Gut erreichbar, nicht teuer, Büros, ein Raum für größere Gruppen und Veranstaltungen und halt passend zum GL. Doch es fand sich nix geeignetes. Entweder zu teuer, zu klein, zu groß, schlechte Lage, nicht zu kriegen. Im Frühjahr 17 wurden wir richtig nervös, ja Panik kam auf. Dann sah eine Freundin des GL den Laden in der Astallerstraße. Charmant, im netten Viertel Westend, ein echter Laden. ABER verbunden mit einem riesigen kostspieligen Umbauaufwand. Sollten wir das wagen? Anfangs schien das Risiko kalkulierbar, doch dann... War es ein Fass ohne Boden? Ziemlich bald ging es auf und ab bis der neue Vermieter selber wegen des Aufwands aufgeben wollte. Nach diesem Schock lief alles wie geschmiert und jetzt sieht es so aus, dass wir spätestens Ende Februar dort sein werden.

Wegen der Kosten brauchen wir aber Eure und Ihre Unterstützung:



Astaller Str. 14
Entwurf vom 12.10.17
M. 1:100

Roland Speckle Architekt
Westendstr. 161
80339 München
T. 089-46135838

Spendenkampagne für die Umbaukosten Astaller 14:

Für den barrierefreien und sonstigen Umbau und den Umzug brauchen wir viel Geld.

Die Stadt München hat signalisiert, dass sie erhebliche Zuschüsse gewähren wird.

Ebenso wird sich der Vermieter an den Kosten beteiligen. Aber wir müssen auch noch eigene Mittel beisteuern. Bitte spenden Sie für diesen Umbau, damit wir weiterhin unsere Arbeit mit den Ratsuchenden und für ein solidarisches, patientenorientiertes Gesundheitswesen aufrechterhalten können.

Alle Spenden sind steuerlich absetzbar. Herzlichen Dank!!!

Spendenkonto: IBAN: DE51 7002 0500 0008 8878 00, BIC: BFSWDE33MUE, Stichwort: Umzug